

### Autofahrer im Nebel

Wie Medien über die Krise berichteten – oder eben nicht

Viele Monate sind die Journalisten Hans Jürgen Arlt und Wolfgang Storz im Auftrag der gewerkschaftsnahen Otto Brenner Stiftung der Frage nachgegangen, wie ausgewählte Medien mit der Finanzkrise umgegangen sind. Ihr Urteil stellt den Medien ein katastrophales Zeugnis aus: »Pfusch am Bau«.

Dabei haben sich Arlt und Storz nicht auf die Behandlung der Finanzkrise von 2008 beschränkt. Sie untersuchten 16 Ereignisse mit Bezug zu den Finanzmärkten im Zeitraum von 1999 bis 2009. Dazu lasen sie 822 Artikel von sechs ausgewählten Tageszeitungen und 122 zusammenfassende Meldungen der Deutschen Presseagentur (dpa). Zudem verfolgten sie 141 Sendungen der ARD-Tagesschau und der ARD-Tagesthemen.

An der Deutschen Presseagentur und der öffentlich-rechtlichen ARD kritisieren Arlt und Storz vor allem die Orientierungslosigkeit und die einseitige Perspektive. In dpa-Meldungen, die Hunderte von Zeitungen mit Material beliefern, seien in erster Linie die wichtigsten Akteure von Regierungen, Parteien und wichtigen Verbänden zu Wort gekommen. Kritische Positionen außerhalb dieses Spektrums fehlten. Ähnlich hat die ARD gearbeitet. »Das direkte Geschehen an der Börse und deren Perspektive nehmen in der Wirtschaftsberichterstattung einen ungewöhnlich umfangreichen Platz ein.« Insgesamt passten sich die dpa, aber auch die ARD der Interpretationslinie weniger Stimmen an wie »Autofahrer im Nebel dem weißen Mittelstreifen«.

Etwas besser beurteilen die beiden Wissenschaftler die Tageszeitungen. Auf Platz eins landete die Financial Times Deutschland, weil sie auch ungewöhnlichen Stimmen Raum gab. Platz zwei teilten sich das Handelsblatt und die tageszeitung. Letzterer attestierten Arlt und Storz eine sehr kritische, aufklärerische Berichterstattung, die bereits vor der Krise einsetzte. Während der Krise konnte sie jedoch wegen mangelnder Ressourcen nicht mehr so umfassend berichten. Hart fällt das Urteil gegenüber den Flaggschiffen Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung aus: »Sie haben bis zum offenen Ausbruch der Krise pure Desorientierung geliefert, aber sich dann deutlich verbessert.«

Für Arlt und Storz zeigt die Untersuchung, dass das »journalistische System zu einer selbstkritischen Diskussion bereit sein muss«. Vor allem sei zu fragen, wie Medien künftig mit kritischem Wissen umgehen, das gerade in wirtschaftlichen Fragen vorhanden sei, aber allzu oft ignoriert würde.

Unter www.otto-brenner-stifung.de kann eine Kurzfassung der Studie »Wirtschaftsjournalismus in der Krise« heruntergeladen werden. Kontakt: Tel. 069/6693-2808.

#### Leiharbeit wird immer teurer

Zwischen Mai 2008 und Mai 2009 zahlte der Staat rund 531 Millionen Euro an Leiharbeiter. Das ergab eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Im Mai 2008 konnte jeder zehnte Leiharbeiter seinen Lebensunterhalt mit seinem Einkommen allein nicht bestreiten und war zusätzlich auf Hartz IV angewiesen.

# Windkraft weiter im Aufwind

Trotz Krise ist die deutsche Windindustrie 2009 um 15 Prozent gewachsen. Im vergangenen Jahr gingen 952 neue Anlagen mit einer Leistung von 1917 Megawatt ans Netz. Ende Mai 2009 liefen somit mehr als 21 000 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 25 900 Megawatt. Das größte deutsche Atomkraftwerk liefert 1475 Megawatt.

#### Stürmisches Wachstum der EthikBank

Die Bilanzsumme der Volksbank Eisenberg ist im vergangenen Jahr von 204 auf 270 Millionen Euro gestiegen, also um 33 Prozent. Treiber dieser Entwicklung ist die EthikBank, eine Tochtergesellschaft der Volksbank Eisenberg, deren Kundeneinlagen um 26 Prozent gestiegen sind. Das Kundenvolumen der EthikBank beläuft sich inzwischen auf 91 Millionen Euro, verteilt auf 8926 Konten, gegenüber 7705 im Vorjahr. Für Klaus Euler, den Chef der Volksbank Eisenberg, sind die starke Nachfrage in der EthikBank, die mit Ausbruch der Finanzkrise »einen Anschubser« erfuhr, und die spekulationsfreie Anlagenpolitik der Bank am Kapitalmarkt die Ursache für das Wachstum der Bank.

## Immer weniger Frauen finden Vollzeitstelle

Trotz steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen arbeiteten 2009 rund 640 000 weniger von ihnen auf einer Vollzeitstelle. Dies geht aus einer Anfrage der Bundesregierung an die *Linkspartei* hervor. Zugleich nahm die Zahl der Teilzeitjobs um 1,13 Millionen zu, die der Minijobs seit 2003 um 930 000. Zudem stieg laut Bundesregierung die Zahl der Frauen, die trotz Erwerbsarbeit auf Hartz IV angewiesen sind, seit 2005 um fast die Hälfte auf 742 910. Von einer gleichberechtigten Teilhabe der Frauen im Erwerbsleben könne man deshalb in Deutschland nicht sprechen, kritisiert die Linkspartei.